

Rath, J., 'Das strenge Gesicht von Frau Antje. Die andere Seite des niederländischen Modells für die Integration ethnischer Minderheiten', *Neue Praxis*, 26 (6), Dezember, pp. 479-494, 1997

Das strenge Gesicht von Frau Antje Die andere Seite des niederländischen Modelles für die Integration von ethnischen Minderheiten

Jan Rath¹

In fast allen europäischen Ländern sieht man sich mit der Frage konfrontiert, ob, und wenn ja, wie Immigranten in die Gesellschaft aufgenommen werden sollten. Während die Autoritäten in Deutschland sich noch mit der Frage beschäftigen, ob Türken und andere mediterrane Neuankömmlinge den Status von Immigranten überhaupt verdienen, suchen die französischen Autoritäten die Antwort in einem strengen Assimilationskurs. Dagegen werden die Niederlande, und Schweden, oft als Länder gesehen, die einen leidlich multikulturellen politischen Kurs konzipiert haben. In anderen Ländern schauen Immigranten und ihre Interessenvertreter, so scheint es, manchmal etwas ehrfürchtig auf das niederländische Modell, in dem, so meinen sie, so viel Toleranz und Respekt vor der kulturellen Eigenheit des Anderen herrscht. In einigen Fällen stellt man dieses Modell sogar als Vorbild für eine Politik der Integration von Immigranten dar. Aber ist diese Ehrfurcht und diese exemplarische Rolle wirklich zurecht? Außer daß die niederländische Minderheitenpolitik keineswegs unumstößlich erfolgreich ist, können auch berechtigte Zweifel an dem Maß, in dem wirklich Respekt vor der Eigenheit von Immigranten bekundet wird und sie wirklich als vollwertige Mitglieder des niederländischen Zusammenlebens anerkannt werden, geäußert werden. In diesem Artikel werde ich aufzeigen, daß das niederländische Modell für die Integration von ethnischen Minderheiten auch noch ein anderes Gesicht hat.

Die Niederländische Minderheitenpolitik befindet sich zur Zeit in einer Krise. Allgemein herrscht die Erkenntnis, daß der Integrationsprozeß, so wie die Landesregierung ihn ehemals in der *Minderheitennote* (1983) sorgfältig abgrenzte, noch erschreckend wenig fortgeschritten ist. Experten auf diesem Gebiet weisen unnachlässiglich auf die hohe Arbeitslosigkeit unter ethnischen Minderheiten, ihre schlechten Schulleistungen, ihre miserablen Wohnumstände und, sehr vereinzelt, ihre geringe politische Macht.

Nur sehr selten wagt es jemand, in diesem Zusammenhang von Erfolgen zu sprechen, so wie vor kurzem Ministerin D'Ancona, die die niederländische Minderheitenpolitik als deutlich effektiv einschätzt.² Immerhin, so führte sie aus, 'habe Rechtsextremismus hier bis heute kein Bein auf den Boden bekommen. Krawalle finden hier kaum oder überhaupt nicht statt.' Für die Regierungsdame sind Ruhe und soziale Beherrschung offensichtlich die Gradmesser des Erfolges. Und tatsächlich, im Vergleich mit anderen Ländern wie Deutschland, Belgien oder Frankreich scheint in den Niederlanden eine relative soziale Ruhe zu herrschen. So sehr selbst, daß man in diesen Ländern dazu neigt, die Niederlande als leuchtendes Vorbild anzusehen. Aber wer eine gleichberechtigte Position von ethnischen Minderheiten einen berechtigteren Maßstab findet, wird weniger zufrieden sein.

Daß ethnische Minderheiten sich noch stets in einer erbärmlichen Situation befinden, ist eigentlich aufsehenerregend. Die Minderheitenpolitik des Staates - und in ihrem Kielwasser die von einer Vielzahl privater sozialer Einrichtungen - bezweckte doch gerade, ihre 'geleitete Integration' zustande zu bringen? Und man hat doch sicher nicht stillgesessen. Es wurden inzwischen Milliarden für Maßnahmen ausgegeben, um den Rückstand von ethnischen Minderheiten aufzuheben, viele

Jahre in Begleitung investiert und was nicht noch alles.³ Der Grundgedanke hinter all diesen Anstrengungen war und ist, daß so ein komplizierter sozialer Prozeß wie die Integration von Neuankömmlingen in großem Maße durch Interventionen von außen zu regulieren sei. In der Praxis sieht das jedoch ganz anders aus.

Politiker und Forscher zerbrechen sich nun den Kopf über der Frage, wie sich das Drama von der Randgruppenbildung, undanks all ihrer gutgemeinter Hilfe und Kenntnisse, doch vollziehen konnte. Nun verweisen sie einträchtig auf externe Faktoren, so wie die internationale Entwicklung der Wirtschaft oder die anhaltende Immigration aus armen Ländern, dann wieder auf den (unterstellten) Unwillen von ethnischen Minderheiten, um sich aktiv anzupassen. Aber was läßt sich über die Minderheitenpolitik selbst sagen?

Der Wissenschaftliche Rat für die Regierungspolitik (WRR), die Prestigeberatungseinrichtung der Regierung, unterstellt in seinem Bericht *Allochtonenbeleid* (Ausländerpolitik), daß ethnische Minderheiten in der jüngsten Vergangenheit, populär gesagt, zu sanft angepackt wurden:

‘Der Staat [hat] die betroffenen Gruppen zu sehr als Fürsorgekategorien (...) angesehen, statt ihnen Chancen zur Selbstständigkeit zu bieten. Viele Mitglieder von Minderheitengruppen sind direkt oder indirekt abhängig geworden von der Fürsorge des Staates, z.B. via Sozialleistungen oder ihrer Unterbringung.’⁴

Diese Abhängigkeit führt im allgemeinen zu Inertie und Initiativlosigkeit. Bei Minderheiten ist davon in verstärktem Maße Sprache, als Folge ihrer ‘Unangepasstheit’ an niederländische Werte und Normen:

‘In der komplexen Gesetz- und Regelgebung des Versorgungsstaates, in all seinen Institutionen und bei den Auswahlmechanismen, die diese hantieren, geben autochthone Werte und Verhaltensnormen den Ton an. Oft geht das nicht anders, aber für die, die in einem gänzlich anderem kulturellen Klima als dem niederländischen sozialisiert wurden, ist es nicht immer einfach und selbstverständlich, die Erwartungen zu erfüllen, die aufgrund von niederländischen Werten gestellt werden. (...) Um an den allgemeinen Versorgung teilhaben zu können, muß jedoch schon von einem bestimmten Maß an Integration die Rede sein und muß man über bestimmte Fähigkeiten verfügen, so wie Sprachkenntnisse und die Fähigkeit zur Selbsthilfe in einem allgemeineren Sinne. Bei vielen hier schon lange wohnenden Mitgliedern von Minderheiten ist dies nicht der Fall, ganz zu schweigen von den hier neu ankommenden Migranten.’⁵

Der Rat plädiert weiter für eine härtere, pardon, kräftigere und deutlichere Politik in Bezug auf ethnische Minderheiten. Dabei darf das Auferlegen von allerlei Verpflichtungen gegenüber denen, die unangepaßt sind, nicht gescheut werden. Es geht schließlich um die Stimulierung von ihrer Selbstständigkeit und Fähigkeit zur Selbsthilfe. Übrigens widmet der Rat auch einige Worte an die ‘potentiellen *human resources*’, die Ausländer folgens einiger Abgeordneter sind.⁶

Der WRR-Bericht markiert in einer bestimmten Hinsicht einen Umschwung im Denken über ethnische Minderheiten: er wurde empfangen als einer, worin die Probleme und ihre möglichen Lösungen endlich einmal frisch und ohne moralische Umwege und hinderliche Einmischungen von Interessengruppen zur Sprache gebracht werden.

Die Behauptungen des WRR bezüglich ethnischer Minderheiten stehen nicht alleine. Wir müssen sie gegen den Hintergrund von der (politischen) Debatte über die Entwicklung des niederländischen Versorgungsstaates plazieren, eine Debatte, die vor allem durch die Besorgnis über die Bezahlbarkeit davon eingegeben wurde. Der Rat trägt dazu seinen Teil bei durch eine Serie von Ratschlägen über den ‘aktivierenden Arbeitsmarkt’ und das System der sozialen Sicherheit. Der Ratschlag über die Ausländerpolitik ist in derselben Manier geschrieben.⁷ Jedoch, indem das Problem derartig situiert wird und die Abhängigkeit von Unterstützungen und Sozialleistungen so zentral gestellt wird, reduziert der WRR die Partizipation von Minderheiten auf eine Frage, die vor

allem der Kontinuität des Produktionsprozesses und der Beherrschbarkeit der Staatsfinanzen untergeordnet ist. In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, daß der Rat die kulturelle Eigenheit von ethnischen Minderheiten als ein Hindernis für das adequate Funktionieren des Arbeitsmarktes, des Systemes der sozialen Sicherheit und anderer Institutionen im Zusammenleben auffaßt.

Wie problematisch die Sichtweise des WRR ist, wird deutlich aus der Tatsache, daß Mitglieder von ethnischen Minderheiten, die wohl eine Ausbildung haben, gesellschaftlich erfolgreich und politisch aktiv sind - und die also nicht dem Staat zur Last werden - ebenfalls oft Behinderungen bei ihrer Partizipation erfahren.

So entdeckt Buijs, daß ausgebildete und an die niederländische Kultur angepaßte junge türkische Männer schwieriger einen Arbeitsplatz finden und halten als ihre traditionelleren Landesgenossen.⁸ Bovenkerk, Den Brok und Ruland konstatieren, daß ausgebildete Migranten zwar genausoviele Chancen auf einen Arbeitsplatz wie ausgebildete Autochthone haben, aber dieses Resultat größtenteils durch das Bestehen von einem aparten Minderheitensektor auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt erreicht wird.⁹ Außerhalb von diesem ist es für sie offensichtlich schwieriger, an einen Arbeitsplatz zu kommen. Merens und Veenman stoßen bei ihrer Suche nach erfolgreichen Ausländern - allein dieser Terminus - auf dieselbe Erscheinung.¹⁰ Lutz stellt fest, daß ausgebildete türkische Frauen in ihrem Arbeitskreis selten auf ihre professionellen Kapazitäten angesprochen werden, aber umso öfter auf ihre ethnischen Kapazitäten.¹¹ Folgens Lutz bedeutet dies de facto, daß sie nicht für voll genommen werden. Van der Burght konstatiert, daß ausländische Journalisten vor allem innerhalb der Minderheitenmedien arbeiten.¹² Nur mit großer Mühe gelingt es ihnen, einen Platz innerhalb der allgemeinen Medien zu erobern. Der Einzelne, dem das wohl gelingt, wird ständig auf ethnische Themen angesetzt. Van den Berg fällt es stark auf, daß ausländische Künstler durch die niederländische Kunstwelt unter Druck gesetzt werden, um ethnisch aussehende Werke zu produzieren.¹³ Gleichzeitig weigern sich aber Museen und Galerien, dergleiche Kunst anzuschaffen, weil sie nicht in die Kollektion passen würden. Aus den Berichten von unter anderem Carton und Massaro, Goudt, De Hoop und Roseboom wird schließlich deutlich, daß politisch aktive Migranten in amtlicher Eigenschaft als Minderheitenspezialisten angesehen werden und ihre Sitze in aparten Minderheitenkommissionen und Beratungsräten erhalten.¹⁴ So werden sie auf unbedeutende Positionen außerhalb der zentralen politischen Arena manövriert.

Es ist immer wieder festzustellen, daß diese Menschen in erster Instanz als Mitglieder von ethnischen Minderheiten gesehen werden, als *Allochtonen* für meinen Teil, als Repräsentanten von einer Problemkategorie. Im folgenden werde ich versuchen nachzuweisen, daß dies ein wichtiger Kontereffekt von der Minderheitenpolitik des Staates und privater Einrichtungen ist. Nach einer kurzen theoretischen Einführung werde ich summarisch die Hauptmerkmale der ideologischen Vorstellungen, die in den Niederlanden über ethnische Minderheiten bestehen, darlegen und auf die Parallelität davon mit der Problematisierung von 'Asozialen' in der ersten Hälfte von diesem Jahrhundert eingehen. Danach werde ich anhand eines konkreten Beispiels zeigen, wie sich dieses Denken in der Praxis finden läßt und wo die Kontereffekte liegen. Schließlich werde ich mich mit der Frage beschäftigen, welche politischen Konsequenzen aus dieser Analyse gezogen werden können.

Minorisierung: Die Konstruktion von sozialen Kategorien

In den Niederlanden sind wir daran gewöhnt, um über bestimmte Kategorien Migranten in den Termini von 'ethnischen Minderheiten' zu denken, als ob es selbstverständliche Kategorien wären.¹⁵ Paradoxerweise sagt diese Art von Denken - oder eigentlich: diese Konzeptualisierung - vor allem etwas über das niederländische Zusammenleben selbst; und dann namentlich über die Art und Weise, wie Mitglieder der niederländischen Gesellschaft sich selbst sehen.¹⁶ Wollen wir das Denken

in den Termini von ethnischen Minderheiten wirklich ergründen, dann müssen wir uns fragen, wie die 'eingebildete Gemeinschaft'¹⁷ konstruiert wird.

Im allgemeinen Sinn hegen und pflegen die Mitglieder der eingebildeten Gemeinschaft die Idee, daß sie alle etwas besonderes teilen, wodurch sie sich von anderen Gemeinschaften unterscheiden, so wie die der Briten, Deutschen, Abchasier oder Blinier. Die Konstruktion der eingebildeten Gemeinschaft ist ein kontinuierlicher Prozeß, worin stets wieder neu bestimmt und befestigt wird, wer dazu gehört und unter welchen Voraussetzungen, und wer nicht. Die Attribute, die man mit der Mitgliedschaft verbindet, sind historisch spezifisch und unterscheiden sich von Fall zu Fall. So dreht sich die Konstruktion von der Gemeinschaft in Großbritannien vor allem um rassische Merkmale, wobei Hautfarbe ein wichtiger *signifier* ist.¹⁸ Dieser Prozeß von rassischer Unterscheidung trägt zu der ideologischen Vorstellung, daß die vollwertige Mitgliedschaft von der 'britischen Rasse' den 'Weißen' vorbehalten ist, bei. In den Niederlanden basiert die Konstruktion vor allem und in erster Instanz auf der Bedeutung, die sozialkulturellen Merkmalen zugerechnet wird.¹⁹ Es geht dabei namentlich um die Elemente der Lebensweise, denen unterstellt wird, Rückwirkungen auf die öffentliche Domäne zu haben. So wird den Mitgliedern unterstellt, ein bestimmtes Maß von Ordentlichkeit, Gepflegtheit und Hygiene an den Tag zu legen, sowohl persönlich als auch was die direkte Lebensumgebung betrifft; die Wohnung gut zu unterhalten; nicht lärmend zu sein; Konflikte nicht mit Gewalt zu lösen; sich von kriminellen Verhalten zu enthalten; keinen Mißbrauch von Alkohol und Drogen zu machen; gut zu budgetieren; gesunde Eßgewohnheiten zu haben; einen gesunden Arbeitsethos und anständige Umgangsformen zu haben; die niederländische Sprache zu beherrschen; gut für die Kinder zu sorgen, also sie zeitig zu Bett zu schicken und ihren Lerneifer zu stimulieren; usw.

Das Geben von Bedeutung an diese Art von Merkmalen geschieht in einer sozialen Umgebung, in der die Machtverhältnisse ungleich sind. Die Gruppen, die politisch und ökonomisch stark sind, drücken einen unverhältnismäßig schweren Stempel auf diesen Prozeß. Das Resultat ist, daß ihre - wie ich es nenne - bürgerliche Lebensweise als Standard gilt. So entstehen eine Mehrheit und eine Anzahl Minderheiten oder Minoritäten. Dieser an sich neutrale und beschreibende Prozeß wird angedeutet mit dem Terminus *Minorisierung*.

Aber es geschieht mehr. Menschen werden nicht nur systematisch kategorisiert, sondern auch beurteilt nach dem Maß, in dem sie mit der idealen Lebensweise konform gehen. Diejenigen, die nicht adequat konform gehen und obendrein zu den niedrigeren sozialen Klassen gehören, werden ideologisch als Problemfälle dargestellt. Ihre Lebensweise wird als rückständig angesehen, als prä-industriell und nicht in die westliche Kultur passend.

Eine sehr deutliche Illustration hiervon sind die Aussprachen von Bolkestein (VVD-Fraktionsvorsitzender in der Zweiten Kamer). Systematisch stellt er die Haltung von Minderheiten - namentlich die von Türken und Marokkanern - an den Pranger, zum Beispiel gegenüber dem modernen Unterricht. Er äußert seinen Widerwillen gegenüber der Art und Weise, wie sie ihre Kinder erziehen würden und die Verhältnisse zwischen den Geschlechtern regeln würden. Daneben klagt er über die intolerante und manchmal militante Weise, wie sie mit Andersdenkenden abrechnen würden. Seiner Meinung nach kommen diese Eigenschaften aus einer Kultur, die in der Rangordnung unter der westlichen steht. Bolkestein behauptet, daß das Niveau von dieser Kultur zu vergleichen sei mit der von West-Europa im Mittelalter.²⁰ Diese Auffassung steht nicht allein. Aufgrund einer schriftlichen Umfrage unter der niederländischen Bevölkerung gibt das Wochenblatt *Elsevier* Bolkestein 'elektoral recht': er würde auf den Punkt kommen mit seinen Aussagen.²¹ Der koordinierende Minister für die Minderheitenpolitik, Dales, sieht darin selbst einen guten Ansatzpunkt für eine 'nationale Minderheitendebatte'.

Aussprachen wie die von Bolkestein müssen nicht auf unwiderlegbaren Fakten basieren. Schlimmer noch, durchgehend beruhen sie auf Auffassungen des *common sense* und Mythen über die Anderen

und über die eingebildete Gemeinschaft, die Niederländer zu bilden meinen. So wie aus dem eben genannten Beispiel deutlich wird, impliziert der Prozeß der Kategorisierung und Beurteilung die Konstruktion einer Hierarchie. Diese Hierarchie von sozialen Kategorien ist praktisch relevant. Um die Einheit der Nation zu erhalten, wird in den Niederlanden in der Regel die (politische) Wahl getroffen, sozialen Druck auszuüben auf die so entstandenen Minderheitengruppen, damit sie mit der vorherrschenden Lebensweise konform gehen. Ein System von besonderen Einrichtungen soll ihnen dabei helfen, so als wäre es eine Schleuse. Das Bestehen hiervon befestigt gleichwohl die Idee, daß Minderheiten (noch) nicht vollständig mitzählen, sowie auch die Praxis, daß sie weniger Zugang haben zu regulären Gütern und Leistungen. Der Staat spielt in diesem Prozeß eine Schlüsselrolle. Er verfügt immerhin über ein umfangreiches Arsenal an Möglichkeiten, um in die soziale Verteilung einzugreifen. Übrigens sei betont, daß die Ideologie der Minorisierung zwar vorherrscht, aber auch noch verschiedene andere, konkurrierende Ideologien bestehen, manchmal sogar innerhalb einer Behörde oder Einrichtung. Dies kann auch zu Streitigkeiten führen.²²

Es gibt also ausreichend Gründe, um anzunehmen, daß das Entstehen von Minderheiten und die Minderheitenfrage in den Niederlanden nicht logisch auf die Anwesenheit von Migranten folgen und auch nicht automatisch aus kulturellen Merkmalen von Migranten hergehen. Es ist gerade inhärent an die Art und Weise, wie die niederländische Gemeinschaft sich selber bildet. Aus diesem Grund habe ich in diesem Abschnitt noch kaum über Migranten gesprochen. Wie wenig der Prozeß als solcher mit Migranten zu tun hat, zeigt sich anhand des historischen Beispiels vom Kampf gegen die 'Asozialen', der bis zum Beginn der 70er in aller Heftigkeit geführt wurde.

Die Bestreitung der 'Asozialen'

Um die Jahrhundertwende entfaltete die Staat zahlreiche Initiativen zur Verbesserung von der erbärmlichen Position von Fabrikarbeitern.²³ Das war namentlich der Fall in Gemeinden, die durch Sozialdemokraten dominiert wurden. Die 'Sozialen' versuchten den Umsturz des Kapitalismus näher zu bringen durch sozial-ökonomische Verbesserungen zu erzwingen, aber auch durch die Arbeiterklasse moralisch zu erheben. Letzteres wurde als wesentlicher Bestandteil von ihrer Emanzipation angesehen. In der Praxis lief die moralische Erhebung auf eine 'Bildungs- und Kulturoffensive' hinaus, rund um Themen wie Ordnung, Anständigkeit, Fleiß und Pflichterfüllung. Als Ideal galt der anständige, geregelte und sozial respektierte Lebensstil von der wohlhabenden Bürgerschaft. Aber nicht alle Arbeiter zeigten sich gleichermaßen empfänglich für das leuchtende Vorbild der bürgerlichen Lebensweise.

Im Laufe der Zeit wurde das 'unrespektable' Verhalten der 'rückständigen', unständig beschäftigten, ungeschulten und unorganisierten Arbeiter aus den verelendeten Vierteln immer weniger akzeptiert. Der Staat ging strenger gegen diese Menschen vor, anfänglich vor allem mittels Eingriffen in die öffentliche Wohnungsfürsorge: sie wurden nicht mehr zu den regulären Wohnungen zugelassen. Für die Kategorie der 'Unzulässigen' (*ontoelaatbaren*) - später kam der Termini 'Asozialen' auf - errichtete sie Wohnschulen, spezielle Wohnstätten, wo die Bewohner unter der Kontrolle von Aufsehern zu anständigen Mietern erzogen wurden. Erst wenn die Unzulässigen ihr Wohnverhalten an die diesbezüglich allgemein geltenden Regeln angepaßt hatten, wurden sie wieder zu den regulären Wohnungen zugelassen. Nach und nach wurde das abweichende Wohnverhalten immer öfter mit Merkmalen wie Arbeitslosigkeit, Alkoholismus, Verwahrlosung der Kinder, Kriminalität und geistiger Abnormalität assoziiert, und bekam die Bestreitung der Asozialen einen dementsprechend breiteren Charakter.

Unterdessen war die Bildungs- und Kulturoffensive nicht mehr länger nur eine Sache der Sozialdemokraten; auch Konfessionelle trugen eifrig ihren Teil bei. In großen Linien, aber mit wechselnden Akzenten, wurde diese Herangehensweise bis in die frühen 60er durch eine Schar

spezialisierte Fachkräfte und Forscher ausgeführt und begleitet. In den 50ern bekam der Kampf gegen die Asozialen noch einen kurzen Impuls durch die Gründung des Ministeriums für Wohlfahrtsarbeit, das nur allzugerne seine Existenzberechtigung beweisen wollte. Gleichzeitig jedoch drang die Einsicht durch, daß die gutgemeinten Maßnahmen wenig substantielles erbrachten, ja sogar Kontereffekte zeitigten in der Form von Stigmatisierung.

Bei Asozialen zeigte sich nämlich, daß sie auch nach ihrer Umerziehung gewaltigen Hindernissen begegneten bei der Suche nach einer Wohnung oder einem Arbeitsplatz. Das Problem, so wurde stets deutlicher, war nicht ihr fehlendes Anpassungsvermögen, sondern der fundamentale Mangel an gesellschaftlichen Chancen. Ein Mangel, dem nota bene mit in die Hand gearbeitet wurde durch die stigmatisierenden Effekte der Politik selbst.

Schlußfolgerung: Es wird selektiv Bedeutung gegeben an sozialkulturelle Merkmale,²⁴ wodurch eine Mehrheit und eine Minderheit entstehen (in diesem Falle angepaßte Bürger beziehungsweise Asoziale). Die Merkmale, zumindest insofern sie lokalisiert werden bei Mitgliedern der niedrigeren sozialen Klassen, werden negativ bewertet. Das Resultat ist die Bildung einer Hierarchie. Der Terminus Asozial ist, was dies betrifft, vielbedeutend: wer abweichendes Verhalten zeigt, gehört nicht zur eingebildeten Gesellschaft. Mitglieder von der so gebildeten Problemkategorie laufen folglich das Risiko, von regulären sozialen Gütern und Diensten ausgeschlossen zu werden. Gleichzeitig werden sie unter, zum Teil nötigen, Druck gesetzt, sich an die bürgerliche Lebensweise anzupassen. Durch ihren besonderen Vorsatz sanktionieren auf Anpassung gerichtete Maßregeln jedoch gerade die Idee, daß man es mit einer Problemkategorie zu tun hat, deren vollwertige gesellschaftliche Entfaltung ausschließlich durch ihre eigene unangepaßte Lebensweise verhindert wird.

Heute belächeln wir auch schon einmal die Bildungs- und Kulturoffensive, mit der der konstruierten Kategorie der Asozialen seinerzeit hart zugesetzt wurde. Vielleicht, weil wir heute dazu neigen, die bürgerliche Lebensweise zu relativieren, und weil wir wissen, wie all das ihrer Integration entgegengearbeitet hat. Der Gedanke, daß in diesem Augenblick einige Migrantengruppen - wie Antillianer, Marokkaner Molukker, Türken - mehr oder weniger dasselbe Schicksal trifft, kommt vielen komisch vor.

Die geleitete Integration von ethnischen Minderheiten

Die Bemühungen des Staates bezüglich ethnischer Minderheiten sind von jüngerem Datum, so wird überall behauptet. Nicht früher als in 1979 - als ethnische Minderheiten schon massenhaft anwesend sind und ihre Arbeitslosigkeit unaufhaltbar beginnt zu steigen, erkennt der Staat endlich, daß die Neuankömmlinge keine Passanten sind, sondern tatsächlich Immigranten. Und erst 1983 wird auf Landesebene offiziell beschlossen, eine zusammenhängende Minderheitenpolitik zu führen, die mehr umfaßt als die halbherzige Sozialpolitik der vorigen Jahre. Wer etwas sorgfältiger schaut, sieht jedoch, daß die Keime der Minderheitenpolitik schon lange vor diesem Datum bestanden. Ob es nun um die Minderheitenpolitik in den 80ern, um die Aufnahme von Gastarbeitern in den 60ern oder um den Kampf gegen die Asozialen in den 50ern und davor geht, das ideologische Grundmuster ist in großen Linien dasselbe. Im Wesen sind schon diese Fälle praktische Varianten von der Ideologie der Minorisierung.

Als die ersten Gastarbeiter Ende der 50er in die Niederlande kamen, ergreifen u.a. Geistliche, Sozialarbeiter, Wissenschaftler und Beamte das Wort, um auf die `andere' Natur und Lebensweise von `dem' Gastarbeiter hinzuweisen, seine Fremdheit und südliche Mentalität, seine mühsame Akklimatisierung und Anpassungsprobleme.²⁵ Aber wohlgemerkt: es geht nur um einige hundert Italiener, die alle einen bezahlten Arbeitsplatz in der Wirtschaft haben. Sie sind also nicht abhängig

von Unterstützungen oder Sozialleistungen, oder liegen dem Staat sonstwie auf der Tasche.

Niederländische Experten stellen fest, daß wir es mit einer besonderen Sorte Menschen und einer besonderen Problematik zu tun haben. Ihre Botschaft ist, daß sozialer Beistand und andere integrationsfördernde Maßregeln unentbehrlich sind. Diese müssen ersten Anzeichen von Desorientierung und Abwehr entgegenwirken und Konflikten aufgrund kultureller Unterschiede mit Niederländern zuvorkommen. Von Anfang an entscheiden sie sich für ein kategoriales Vorgehen. In diesem Zusammenhang ist es nicht unbedeutend, daß der Kampf gegen die Asozialen einigermaßen beginnt abzuflauen und unter den Spezialisten der Bedarf an einer neuen Zielgruppe zu entstehen beginnt. Vielerorts werden Sozialeinrichtungen auf körperschaftlicher Basis gegründet, die sich um eine indirekte und gleichmäßige Anpassung der Gastarbeiter bemühen. Nach gewalttätigen Konflikten zwischen Halbstarken, Italienern und Spaniern (1961 in Twente aufgrund dem Ausschluß von Italienern bei einem Tanzabend) und nachdem die ersten Gastarbeiter ihre Familien nachkommen lassen, beschließt die Landesregierung, diese Initiativen auch finanziell zu unterstützen.²⁶

Innerhalb weniger Jahre übernimmt der Staat völlig die Initiative und dominiert den Auffang von Gastarbeitern und später auch den von anderen Kategorien Migranten, zum Beispiel Surinamern.

Beamte des Ministeriums für soziale Fürsorge (Maatschappelijk Werk) - später Kultur, Erholung und soziale Fürsorge (Cultuur, Recreatie en Maatschappelijk Werk [CRM]) -, die in den 50ern bei der Bestreitung der Asozialen an vorderster Front standen, sehen in dieser Periode erneut eine zentrale Rolle für sich. Später, als die Beamten dieses Ministeriums zu dem Schluß kommen, daß der Umfang dieser Problematik über ihre Möglichkeiten geht, probieren sie andere Ministerien für das Projekt von der geleiteten Integration von ethnischen Minderheiten zu gewinnen. Sie tun dies unter anderem, indem sie im großen Umfang sozial-wissenschaftliche Untersuchungen durchführen lassen. Dafür wird 1978 die Beratungskommission Forschung Kulturelle Minderheiten (*Adviescommissie Onderzoek Culturele Minderheiten* [ACOM]) gegründet. In ihrem ersten Gutachten schreibt die ACOM, daß Mitglieder von ethnischen Minderheiten sich grundlegend unterscheiden von autochthonen Niederländern in Rückstandspositionen, unter anderem als Folge von 'der manchmal stark abweichenden kulturellen Orientierung von diesen Minderheiten'.²⁷ Gleichzeitig konzipiert das WRR sein erstes Gutachten über ethnische Minderheiten. Der Rat betont den besonderen Charakter der Probleme vieler Mitglieder ethnischer Minderheiten, die auf 'Probleme von Rückstand, eigener kultureller Identität und Begegnung mit einem anders gearteten Zusammenleben' hinauslaufen.²⁸ So haben sie ein relativ niedriges Ausbildungsniveau, wenig Fachmannschaft und Schulung, kaum ökonomische Macht und hegen sie eigene Vorstellungen über die Verhältnisse zwischen Männern und Frauen, die familiären Beziehungen, den Arbeitsethos, Eßgewohnheiten, das Verhältnis von Bürger zum Staat usw.²⁹ 'Diese Konfrontation von ethnischen Minderheiten mit ihrer neuen Umgebung kann *selbstverständlich* zu großen Spannungen führen', so führt das WRR aus.³⁰ Das WRR erwartet, daß vom Zusammenleben 'ein starker Druck zur Konformierung' ausgehen wird. Bei der Aufstellung der Minderheitenpolitik waren sowohl der Bericht der ACOM als auch das Gutachten des WRR außergewöhnlich einflussreich.

Essentiell ist, daß bestimmte Kategorien von der Bevölkerung aufgrund von wohl oder nicht vermeintlichen sozialkulturellen Merkmalen als 'anders' definiert werden. Hierdurch entstehen ideologisch eine Mehrheit und Minderheiten, in diesem Fall ethnische Minderheiten; da ihr Anderssein verbunden wird mit einer 'Kultur (...) fremden Ursprunges'.³¹ Exponenten der dominanten Mehrheit weisen auf die ungünstigen Aspekte von diesem Anders-sein: die sozialkulturelle Unkonformität - zumindestens insofern lokalisiert bei Menschen aus den unteren sozialen Klassen - kann ein Hindernis für vollwertiges gesellschaftliches Funktionieren und eine Quelle für soziale Spannungen sein.

Es ist wichtig zu erkennen, daß sozialkulturelle Unkonformität an sich nicht problematisch sein muß. Der Umkonformität von Amerikanern und Japanern zum Beispiel steht man in jeder Hinsicht positiv gegenüber. Sie gehören jedoch überwiegend zu den höheren sozialen Klassen.

So bilden Japaner in der Gemeinde Amstelveen die größte Gruppe Ausländer. Sie wohnen konzentriert in einigen Wohnblöcken, schicken ihre Kinder auf die japanische Schule, kaufen so viel wie möglich bei japanischen Geschäften ein, suchen ihre gesellschaftlichen Kontakte in japanischen Klubs, sprechen kaum oder überhaupt nicht niederländisch und legen auch keinen grossen Wert darauf. Diese Situation wird vor Ort keinesfalls als Problem definiert. Im Gegenteil, in der ansässigen Filiale einer großen Bank wurde vor kurzem sogar ein *private Japan desk* eröffnet, wo die japanischen Kunden ihre Geschäfte durch einen Landsmann bearbeiten lassen können.³²

Ganz anders sieht es einige Kilometer davon entfernt, in Bijlmer im Südosten von Amsterdam, aus. Dieses funkelnagelneue Viertel braucht schon jetzt eine Modernisierung, so beschloß unlängst die Gemeinde. Wenn die Pläne sich durchsetzen, dann werden eine Anzahl neuer Etagenwohnhäuser abgebrochen, um Platz für den Bau von namentlich Luxuswohnungen aus den höheren Preisklassen zu machen. In diesen Etagenwohnhäusern wohnen nun noch zum größten Teil ethnische Minderheiten. Anschuldigungen, daß diese Pläne aus rassistischen Erwägungen entstanden sind, weisen der Beigeordnete für öffentliche Wohnungsfürsorge und der Direktor der betreffenden Wohnungskooperation scharf zurück. Aber interessanterweise erklären sie auch: 'Eine stets weitergehende Konzentration von armen Bewohnern aus Minderheiten in einem Viertel ist nicht gut. Nicht weil kulturelle Verschiedenheit keine interessanten Seiten hat, aber weil es nur Gruppen mit niedrigen Einkommen betrifft, mit wenig oder keiner Ausbildung und einer sehr hohen Arbeitslosenrate. Die Probleme türmen sich, die Bewohner werden stigmatisiert und sie werden fortlaufend konfrontiert mit den Vorurteilen von anderen.'³³

Diese ideologische Darstellung weist frappierende Übereinstimmungen mit der von den Asozialen auf, auch gibt es wohl Unterschiede. Die Unkonformität der Asozialen wurde ohne weiteres negativ bewertet. Ihre Identität - man sprach damals vor allem von Mentalität - mußte ohne Pardon zu einer 'normalen' verändert werden. Die Identität von ethnischen Minderheiten hingegen wird zwar als problematisch angesehen, aber nicht vollständig abgelehnt. Man geht damit umsichtiger um, vielleicht weil der Prozeß der Minorisierung sich in einer anderen historischen Phase befindet.

Seit den 60ern ist das Zusammenleben etwas weniger uniform. Das zeigt sich auch bei den getroffenen politischen Maßnahmen. Obwohl sehr viele Einrichtungen für ethnische Minderheiten gegründet wurden, geht man zur Zeit nicht so weit, sie auf aparte Wohnschulen zu schicken. (Obschon: der Vorschlag von J. Beerenhout, - der seinerzeit als Mitglied der landesweiten Kommission Soziale Erneuerung oft in den Schlagzeilen war - um kriminelle marokkanische Jugendliche auf Internate zu schicken, geht doch stark in diese Richtung). Außerdem wird stets einiger Raum für die Entwicklung von einer Form von Eigenheit geboten. Denken Sie zum Beispiel an den Unterricht in eigener Sprache und Kultur (OETC), der seinerzeit aus dem Gedanken heraus eingeführt wurde, daß die Gastarbeiter mit Blick auf ihre Rückkehr nicht zu sehr von ihren kulturellen Wurzeln entfremdet werden durften. Ferner handelt es sich bei ethnischen Minderheiten um Menschen, bei denen der sozialkulturellen Unkonformität unterstellt wird, im Zusammenhang mit ihrer Herkunft zu stehen. Das rücksichtslose Abweisen ihrer sozialkulturellen Eigenheit könnte ohne weiteres als eine Form von Rassismus interpretiert werden. Und darauf lastet ein Tabu: die Norm schreibt Toleranz vor.

Darüber hinaus ist es so, daß ethnische Minderheiten, im Gegensatz zu den Asozialen, nicht völlig ohne politische Stimme sind. Sie selbst, oder anders ihre zahlreichen Interessenwahrnehmer, lassen von sich hören. Nach der Demokratisierungswelle in den 60ern hat der Staat ein größeres Bedürfnis, seine Politik zu legitimieren. Dafür hat er die Mitarbeit der Betroffenen nötig - womit ich übrigens nicht behaupten will, daß ethnische Minderheiten über ein umfangreiches Machtpotential

verfügen.³⁴ Die Mitarbeit kann zum Teil dadurch erlangt werden, daß, auch ist es nur ein bißchen, den spezifischen Wünschen der Zielgruppe entgegengekommen wird.

Die Staatspolitik besteht ja auch nicht ausschließlich aus minderheitenbildenden Maßnahmen. So ist die Vergabe des Wahlrechtes an nicht-niederländische Eingesessene keine minderheitenbildende Maßnahme, ebensowenig wie die (teilweise) Aufhebung des Verbotes für nicht-niederländische Eingesessene, um im Staatsdienst zu arbeiten.

Doch bleibt die Behauptung bestehen, daß die Problematisierung von soziokultureller Unkonformität von Menschen aus den niedrigeren sozialen Klassen ein roter Faden in der allgemeinen Minderheitenpolitik ist. Diese Problematisierung wurde im Laufe der Jahre in der Form eines Netzwerkes von spezialisierten Einrichtungen institutionalisiert. So wurden nach und nach Fürsorgeeinrichtungen, Interessengemeinschaften, Beratungsräte, Schulungen, Forschungseinrichtungen usw. ins Leben gerufen, wo unzählige Spezialisten sich für die Integration von ethnischen Minderheiten einsetzen. Es sind gewöhnlich niederländische Individuen und Einrichtungen, namentlich vom Staat aus, die die Entwicklung von diesem 'Minderheitenwesen'³⁵ stimuliert haben.

Aus der hierfür skizzierten Sichtweise markiert der Bericht des WRR von 1989 über die Minderheitenpolitik eigentlich überhaupt keinen Umschwung im Denken. Im Gegenteil, in seinem großen Nachdruck auf Konformierung von ethnischen Minderheiten an niederländische Normen, Werte und Verhaltensmuster reproduziert der WRR gerade die Idee, daß kulturelle Unterschiede die wesentlichsten sozialen Unterschiede sind, daß soziokulturelle Unkonformität von Menschen aus niedrigeren sozialen Klassen nicht wünschenswert ist und daß vollwertige soziale Partizipation nach 'einem bestimmten Maß von Integration' von selbst kommt. Ob es dabei nun um eine sanfte oder harte Herangehensweise geht, bei beiden handelt es sich um einen Ausdruck für Minorisierung.

Machtbildung

Die bis heute vorherrschende Annäherungsweise an das Minderheitenfragstück erzielt entgegengesetzte Effekt. Eine der Zielsetzungen der Minderheitenpolitik ist das Verstärken des gesellschaftlichen Einflusses von ethnischen Minderheiten. Dafür gibt sie an nicht-NiederländerInnen das Wahlrecht, führt getrennte Wahlkampagnen, stimuliert sie die Gründung von 'Selbsthilfegruppen' von ausländischen Gemeinderatsabgeordneten, errichtet sie lokale und landesweite Mitspracheorgane, unterstützt sie Organisationen, die an Interessenbeherzigung arbeiten, versorgt sie Kadertrainings für die Führungskräfte der Organisationen, stimuliert sie die Eingliederung der Alten, undso weiter. Alles in allem eine gehörige Anstrengung. Aber bringt diese auch tatsächlich die angepeilte Machtbildung? Diese Frage werde ich beantworten anhand von zwei Vorbildern: auf dem Gebiet der Miteinbeziehung der Eltern in der Grundschule, und auf dem Gebiet von Wahlen für den Gemeinderat.

Getrennte Elternkommissionen

Eltern haben das Recht und werden selbst ermutigt, sich über den Mitbestimmungsrat mit allem, was auf der Schule passiert, zu beschäftigen. Aus Auswertungen von Mitbestimmungsräten auf Grundschulen ergab sich, daß Elternbeteiligung vor allem eine Angelegenheit ist von Menschen aus höheren sozialen Klassen. Eltern aus niedrigeren sozialen Klassen scheinen nicht oder kaum teilzunehmen. Auffallend genug wird für die Beteiligung von Eltern aus den Kreisen der ethnischen Minderheiten - die überwiegend zu den niedrigeren sozialen Klassen gezählt werden können - eine ganz andere Erklärung vorgeschoben. Auf einmal scheint nicht die Klassenposition der Eltern ihre

Beteiligung zu behindern, sondern ihr `anderer kultureller Hintergrund'.

Eine solche Sichtweise traf ich auch auf einer Grundschule in einem Arbeiterviertel in Rotterdam an. Es geht um eine sogenannte `schwarze' Schule: mehr denn neunzig Prozent der SchülerInnen kommen aus ausländischen Familien. In den letzten Jahren haben sich die Lehrkräfte bis zum Äußersten angestrengt, um ausländische Eltern teilnehmen zu lassen, aber ohne großen Erfolg. Nur eine Handvoll Eltern redet in der Elternkommission mit über schulpolitische Angelegenheiten. Lehrkräfte und autochthone niederländische Eltern erzählen mir, daß das Viertel zur Zeit vor allem durch `Zurückgebliebende' bewohnt wird, bei denen `das nicht möglich ist'. Ihren Erachtens nach gilt das in verstärktem Maße für ethnische Minderheiten. Denn das sind Menschen, die nicht von Haus aus gewöhnt sind an so etwas wie Elternkommissionen, die die niederländische Sprache kaum oder gar nicht beherrschen, die sich dafür schämen, mit Frauen an einem Tisch zu tagen, die eine andere Kultur haben, einen anderen Hintergrund, andere Gewohnheiten, undsoweiter. Vollkommen unbegreiflich ist diese ideologische Vorstellung sicher nicht. In einem bestimmten Sinn spiegeln die Lehrkräfte und die Eltern hier die Besorgnis der Politik, worin dieselben Vorstellungen anwesend sind, wider. Der Unterricht in Eigener Sprache und Kultur (OETC) und der Interkulturelle Unterricht (ICO), womit sie jeden Schultag konfrontiert werden, sanktionieren die Idee, daß soziokulturelle Trennlinien zwischen der Mehrheit der einheimischen Niederländer einerseits und ethnischen Minderheiten andererseits wesentlich sind.

Die Lehrkräfte beschliessen eine Reihe getrennter Elternkommissionen zu errichten, die sogenannten Subkommissionen. Das Team führt damit eine Idee der Gemeinde aus, um ausländische Elternkommissionen zu errichten und diese fungieren zu lassen als Arbeitskommissionen für die reguläre Elternkommission.³⁶ Nur die türkischen und marokkanischen Subkommissionen kommen wirklich zum Leben. Die zentralen Personen darin sind, interessant genug, die türkischen und marokkanischen OETC-Lehrkräfte. Sie treten an Eltern heran, sorgen für eventuelle Übersetzungen, sind Informationsdienst, geben Beratung, sprechen im Namen der Eltern, kurzum: regeln als `BrückenfunktionärInnen' zum größten Teil das Bestehen der Subkommission.

Ihr überdurchschnittlich starker Einsatz ist zum Teil auf die Situation von vor 1985 zurückzuführen, als das Gesetz für den Grundschulunterricht in Kraft trat. Früher waren die OETC-Lehrkräfte nicht mit einer Grundschule verbunden. Sie gaben Unterricht in einem Unterrichtspunkt. Dort organisierten sie rund um ihre eigene Person Kommissionen von türkischen bzw. marokkanischen Eltern. Zusammen mit den Behörden strebten sie und ihre Organisationen danach, die Eltern Informationen zu vermitteln und mehr bei dem (ETC-)Unterricht einzubeziehen. Faktoren wie Sprache, Versammlungskultur, Rückstand und das Unvermögen, niederländischen Normen entgegenzukommen, sollten ihre Partizipation in regulären Elternkommissionen erschweren. Die Lehrkräfte sahen die kategorialen Elternkommissionen als Uebergangserscheinungen an, als Institutionen, die auf Dauer die Integration von ihrer Basis in regulären Organen möglich machen sollten. Die Entscheidung für aparte Elternkommissionen muß allerdings auch in dem Licht der besonderen Position des OETC gesehen werden. Der OETC umfaßte immerhin ein spezielles Unterrichtsprogramm, welches in einem speziellem Gebäude an Schüler einer speziellen Gruppe durch Lehrkräfte mit einer speziellen Rechtsposition gegeben wurde. Seit der Einführung des Gesetzes für den Grundschulunterricht gilt der OETC übrigens wohl als ein Teil des normalen Curriculum und ist die Rechtsposition der Lehrkräfte etwas besser, auch wenn sie noch stets nicht vollkommen gleichwertig ist mit der von anderen Lehrkräften. Aber aus den noch immer fort dauernden Diskussionen über den OETC wird deutlich, daß die Legitimität von diesem Unterrichtsmodell noch stets nicht unumstritten ist und daß der OETC in der Praxis noch stets eine besondere Position einnimmt.

Zurück zu den Subkommissionen. Diese Subkommissionen kommen kurz vor der Tagung der regulären Elternkommission zusammen und bieten türkischen und marokkanischen Eltern die

Möglichkeit, wichtige Angelegenheiten vorab zu besprechen. Die gesamte Anlegung zielt darauf, ethnischen Minderheiten, solange sie die Ebene von autochthonen NiederländerInnen noch nicht erreicht haben, im eigenen Kreise auf eigene (kulturell bestimmte) Weise teilnehmen zu lassen. Den Subkommissionen wird dabei die Funktion eines Zuchtteiches zugeordnet, ein Instrument um ethnische Minderheiten auf Dauer teilnehmen zu lassen an den Versammlungen der regulären Elternkommission.

In der Theorie klingt dieser fast schon klassische Plan vielversprechend. Aber wie sieht es in der Praxis aus? Türkische und marokkanische Eltern geben tatsächlich einen *acte de présence* auf den Versammlungen der Subkommissionen, aber der erhoffte Sprung zur regulären Elternkommission bleibt sonderbarer Weise aus. Anfänglich besucht noch ein Einzelner die Versammlungen der regulären Kommission, aber nach einiger Zeit springt auch er wieder ab. Die Lehrkräfte und die niederländischen Eltern sehen in diesem Lauf der Dinge die Bestätigung ihrer Meinung: die ethnischen Minderheiten sind aufgrund ihres 'anderen' kulturellen Hintergrundes noch nicht soweit, daß sie teilnehmen können an der regulären Elternkommission. Das politische Resultat ist, daß diese Kommission beinahe ausschließlich aus autochthonen NiederländerInnen besteht

Doch bleibt die Frage, ob die Abwesenheit von ethnischen Minderheiten in der regulären Elternkommission wirklich ihren kulturellen Merkmalen zuzuschreiben ist. Nehmen wir die Haltung der niederländischen Eltern aus der Elternkommission. Diese Mütter - Väter fehlen - bilden einen sehr soliden Klub, der gerne in der Schule zusammenkommt, um beim Kaffee allerhand Angelegenheiten zu regeln. Sie sind der felsenfesten Überzeugung, daß ethnische Minderheiten keinen wesentlichen Beitrag liefern können bei der traditionellen Arbeit der Elternkommission und lassen sich sicher durch die Ausländer nichts 'aufzwingen'. Die Mütter sind bestimmt nicht auf ihren Mund gefallen und strahlen eine überlegende Haltung aus. Die Lehrkräfte bemerken das natürlich und sind besorgt über die Anwesenheit von 'RassistInnen'. Doch sehen sie bewusst von der eventuellen Möglichkeit ab, sie anzuspornen, die türkischen und marokkanischen Eltern mehr wie vollwertige Mitglieder der Elternkommission zu behandeln.

'Wir wollten die NiederländerInnen nicht vor den Kopf stossen, sie was das betrifft nicht überfordern. Sie tun sehr viel in der Schule und nehmen uns viel Arbeit ab, vor allem was Fetitivitäten betrifft. Die große Linie behalten wir natürlich selbst im Auge.'

Ob das letzte günstig ist für die Beteiligung von MigrantInnen, ist fraglich. Ein marokkanischer Vater legt mir umständlich aus, daß faktisch die Schulleitung alle Entscheidungen trifft:

'Wenn sie mit irgend was nicht einverstanden waren, dann passierte nichts. Viele MarokkanerInnen sind darum böse und kommen nicht mehr. Sie tun nicht, was wir wollen. Sie bauen keine Brücken mit uns.'

Das Resultat ist, daß (1988) mehr als neunzig Prozent der SchülerInnen aus ausländischen Familien kommen, während die Elternkommission vollständig beherrscht wird von NiederländerInnen. TürkInnen und MarokkanerInnen sind überaus aktiv in den Subkommissionen, unter dem Schirm der OETC-Lehrkräfte. In der regulären Elternkommission klingt ihre Stimme äußerst schwach und indirekt. Die Erklärung liegt in dem Prozess der Minorisierung: Lehrkräfte und niederländische Eltern selektieren sozial-kulturelle Merkmale als wesentliche Merkmale. Sie bewerten diese, sofern sie bei ethnischen Minderheiten lokalisiert werden, als negativ und sehen sie als ebensoviele Behinderungen für ihre Beteiligung. Das 'Unangepaßtsein' von ethnischen Minderheiten bildet die *raison d'être* von speziellen Institutionen, in diesem Fall Subkommissionen, die zum Ziel haben, Minderheiten 'auf eigene Weise' zu aktivieren um im Tun anzupassen an die niederländische Art. Dort sind sie tatsächlich aktiv: als ethnische Minderheiten.

Diese Strategie von geleiteter Integration hat als entgegengesetzten Effekt, daß sie Minderheiten zu Plätzen ausserhalb der zentralen politischen Arena leitet, wodurch sie sie entmutigt, sich noch länger mit dieser spezifischen Weise von politischer Betätigung zu beschäftigen. Ausserdem leitet sie die Aufmerksamkeit ab von anderen Angelegenheiten; nicht zuletzt von der (manchmal rassistischen)

Haltung von niederländischen Eltern gegenüber von ethnischen Minderheiten. Die Problematisierung von sozial-kulturellen Merkmale von ethnischen Minderheiten, bietet diesen Eltern eine prächtige und legitime Entschuldigung, um auf die altbewährte Weise fortzufahren und ihnen politischen Raum vorzuenthalten. Die Rolle der OETC-Lehrkräften ist hierbei von großer Wichtigkeit. Sie produzieren insbesondere die Idee, daß Minderheiten eine spezifische Problematik vertreten, vielleicht weil sie als OETC-Lehrkräfte vollständig Teil sind von dem 'Minderheitenwesen' und mit Haut und Haaren an die Ideologie des Schublandendenkens gebunden sind.

Getrennte Aufklärungskampagnen bei Gemeinderatswahlen

In der niederländischen Demokratie gilt die Einbeziehung der BürgerInnen in den öffentlichen Verwaltungen als wesentlich. Darum, aber sicher auch wegen der erwarteten günstigen Effekte auf die Integration von ethnischen Minderheiten, wurde nicht-niederländischen EinwohnerInnen vor kurzem das lokale Wahlrecht gegeben. Sie bekommen das Recht ohne selbst danach gefragt zu haben und ohne sich auf irgendeine Weise einbürgern lassen zu müssen. Ob das Wahlrecht die Integration von ethnischen Minderheiten in den Niederlanden tatsächlich fördert, und wenn ja, auf welche Art, ist schwierig zu sagen. Sicher, die Symbolik ist von grosser Bedeutung. Aber Tatsache bleibt, daß die Wahlbeteiligungsrate nur selten oder nie das Niveau der totalen Kategorie von autochthonen NiederländerInnen erreichen. In Rotterdam zeichnet sich sogar ein Abwärtstrend ab: der Anteil MigrantInnen in der totalen Gruppe von WählerInnen ist im Lauf der Jahre stets kleiner geworden.³⁷

Nun ist es allgemein bekannt, daß Menschen aus den niedrigeren sozialen Klassen sich weniger für die parlamentarische Politik interessieren: ihre Wahlbeteiligungsrate ist durchgehend kleiner als die von Menschen aus den höheren Klassen. Obwohl es in der Theorie unwahrscheinlich scheint, daß ethnische Minderheiten nicht auch von dieser Regel betroffen sind, wird in der Praxis eine ganz andere Erklärung für ihre (niedrige) Wahlbeteiligung vorgeschoben. Die Erklärung läuft darauf hinaus, daß ethnische Minderheiten eine politische Kultur haben, die abweicht von der der NiederländerInnen und das dieses 'Anders-sein' ihrer Beteiligung in der niederländischen Politik im Weg steht.

Interessanterweise wurden solche Begründungen schon lange bevor der/die erste nicht-niederländische WählerIn in einem Wahllokal erschien verkündigt. So erklärte VVD-Senator Wiebenga am 22. April 1980 in der Ersten Kammer, daß 'wir damit rechnen (können) müssen, daß das Wahlrecht für AusländerInnen einige spezifische Eigentümlichkeiten mit sich bringen kann, die unserer politischen Kultur fremd sind.'³⁸ In der Debatte über die Veränderung des Wahlgesetzes und des Gemeindegesetzes, also bei der Regelung von der Ausführung des Wahlrechtes, ist dasselbe zu hören.³⁹ Verschiedene Parlamentsmitglieder machen ihrer Angst Luft, daß 'fremde' politische Strömungen in niederländischen Gemeinderäten ihren Einzug haben werden oder daß nicht-niederländische Ratsmitglieder der Volksvertretung in ihrer eigenen Sprachen zusprechen werden. Über die Notwendigkeit von Aufklärung an die neuen WählerInnen sind die Parteien sich auffallend einig: die ist besonders groß.

Auch die Regierung schreibt in dem Begleitschreiben zu dem betreffenden Gesetzentwurf, daß 'von dem Gesichtspunkt der Minderheitenpolitik aus nicht stehengeblieben werden darf beim zustande bringen von einer Gesetzesänderung.' Zur Förderung der Wahlbeteiligung muß eine 'sorgfältig vorbereitete Aufklärungskampagne' kommen, 'angesichts dessen, daß ein großer Teil der in unserem Land seßhaften AusländerInnen unzureichend informiert ist über die Arbeitsweise unseres politischen Systems und die Aufgaben und Befugnisse der Gemeinderäte insbesondere.' Lange bevor die parlamentarischen Prozeduren abgeschlossen sind, installiert der Innenminister darum die

Kommission Wahlrecht nicht-niederländische EinwohnerInnen. Diese Kommission läßt wissenschaftlich untersuchen, wie so eine Aufklärungskampagne durchgeführt werden sollte. Das Ergebnis ist ein Bericht, worin die politisch-kulturellen Unterschiede, aber auch die geringen Kenntnisse über Wahlprozeduren und das niederländische politische System, breit ausgemessen werden. Eine der Schlußfolgerungen lautet, daß das Maß der Integration bestimmend ist für eine Wahlbeteiligung von ethnischen Minderheiten. Ein Reklamebüro bekommt danach den Millionenauftrag, um auf Basis dieser Einsichten eine getrennte Aufklärungskampagne zu entwerfen. Soviel ist jetzt schon deutlich: sowohl innerhalb als auch außerhalb der Regierung werden ethnische Minderheiten festgelegt als Menschen, die 'anders' sind und die ohne spezielle Behandlung politisch 'verloren' sein würden.

Die Ausführung der Aufklärungskampagne für die Gemeinderatswahlen vom März 1986 wird größtenteils übertragen an vom Staat subventionierte Organisationen von MigrantInnen und Einrichtungen für Gemeinwohlarbeit.

Auch die politischen Parteien bekommen die Gelegenheit sich bei diesen Initiativen anzuschließen. Sie haben sich bis dahin kaum angestrengt, um ethnische Gruppen zu erreichen oder gar um sie in den eigenen Reihen aufzunehmen. Nun fordern sie aber von der Landesregierung sogar mehr Vergünstigungen, um ihre Aufgabe als Wahlvereinigung adequat erfüllen zu können. Es geht doch immerhin um eine schwierig zu erreichende Gruppe, argumentieren sie in dem Geist von der Aufklärungskampagne. Der Minister weist ihren Antrag ab.⁴⁰ Die verschiedenen Parteien organisieren sogar 'Schwellenkurse' für frischgebackene Parteimitglieder und ihre Minderheitenspezialisten machen von Zeit zu Zeit ihre Aufwartung bei Wahlversammlungen.

Die Medien schenken außergewöhnlich viel Aufmerksamkeit an die Wahlbeteiligung von ethnischen Minderheiten, oder eigentlich vornehmlich an die Aufklärungskampagne. Ein wichtiges Thema dabei ist, ob man darangehen sollte, die politisch-kulturelle Kluft zwischen ethnischen Minderheiten und NiederländerInnen zu überbrücken.

Die Wahlbeteiligungsraten von diesen Gemeinderatswahlen passen in das erwartete Muster: durchschnittlich ist die Wahlbeteiligung noch ethnischen Minderheiten geringer als bei bei autochthonen NiederländerInnen. Nicht mehr als eine Handvoll werden zu Gemeinderatsmitgliedern gewählt. Sie werden ein paar Wochen später nach ihrer Wahl als Kollektiv zum Innenministerium gerufen. Der Minister legte ihnen bei dieser Gelegenheit ans Herz, nicht zuviel auf die sie unterstützenden WählerInnen zu hören und wünscht ihnen weiter noch viel Erfolg.

Ihre Erfahrungen geben wenig Anlaß zu Optimismus. Nahezu alle Minderheitengemeinderatsmitglieder sehen sich selbst als Generalisten, aber in der Praxis beschäftigen die meisten mit Minderheiten-themen und unterhalten sie sich hauptsächlich mit Minderheiten. Wirklich viel können sie nach eigenem Gefühl nicht erreichen. Obwohl sie von einigen ParteigenossInnen unterstützt werden, überwiegt die Enttäuschung über ihre Isolierung innerhalb von Partei und Rat. Für einige ist das selbst Grund genug, um der Politik desillusioniert den Rücken zuzukehren.

Was hat das Eingreifen der Regierung in die Wahlbeteiligung von ethnischen Minderheiten letzten Endes erreicht. Es ist nicht mit Sicherheit festzustellen, ob die groß angelegte Aufklärungskampagne zu einer höheren Wahlbeteiligung geführt hat. Wohl ist es deutlich, daß die Kampagne, mit durch die begierige Aufmerksamkeit der Medien, im großen Maße das Bild von den unwissenden, hilfsbedürftigen und politisch-kulturell abweichenden ethnischen Minderheiten verstärkt hat. Man sanktionierte also den unnatürlichen ideologischen Gegensatz zwischen den ethnischen Minderheiten, die wenig bis nichts von der niederländischen Politik verstehen sollen und eine gänzlich andere Tradition von Politik betreiben haben sollen, und der einheimischen

niederländischen Mehrheit, die von der Politik alles wissen soll und die richtige Manier von Politik betreiben hantieren soll. Auf diese Weise wurde die elektorale Beteiligung von Minderheiten reduziert auf ein Aufklärungsproblem, zu einer unpolitischen Angelegenheit innerhalb der sozial-kulturellen Domäne.

Einiges deutet darauf hin, daß ethnische Minderheiten als politische Subjekte nicht ernst genommen werden. Das Fördern von ihrer Beteiligung überliessen die Parteien gerne den Minderheiteneinrichtungen, die zufällig von der Regierung generös mit Vergünstigungen versehen wurden, um die Aufgabe zu erfüllen. Inwieweit ethnische Minderheiten nur Minderheiten von politischen Parteien sein konnten, wird durch den Lauf der Dinge innerhalb der Gemeinderäte und der Parteien deutlich, wo sie primär als Minderheitenspezialisten gesehen werden.

Politische Schlußfolgerungen

Wenn es so ist, daß die Minderheitenpolitik Kontereffekte zeitigt, namentlich als Folge der spezifischen Weise der Klassifizierung, was muß dann passieren, um eine gleichberechtigte Position von Neuankömmlingen zu realisieren? Die Frage ist leichter gestellt als beantwortet. Sie unterstellt ja, daß politische Empfehlungen direkt aus Forschungsbefunden hervorgehen. Politische Empfehlungen implizieren jedoch eine politische Auswahl, keine wissenschaftliche. Aus der vorangegangenen Beweisführung sind verschiedene politische Schlußfolgerungen möglich.

(1) *Die Minderheitenpolitik abschaffen.* Wenn die Minderheitenpolitik allein zu der Problematisierung von Neuankömmlingen beiträgt und somit ihre vollwertige Partizipation behindert, liegt es auf der Hand, die Teile von der Politik abzuschaffen, die ihre ideologische Grundlage in der negativen Bewertung von sozialkultureller Unkonformität haben.

Ob damit die Ursache von der Problematisierung von bestimmten Kategorien der Bevölkerung beseitigt wird, ist fraglich. Wie ich schon schrieb, ist Minorisierung ein Merkmal des niederländischen Zusammenlebens selbst, ein Prozeß, der weder direkt aus der Anwesenheit von Neuankömmlingen, noch aus der politischen Intervention von der Minderheitenpolitik hervorgeht. Wohl ist es so, daß die Minderheitenpolitik zu der Reproduktion und Institutionalisierung der Minorisierung beiträgt, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Regierungssphäre. Darüber hinaus stehen außer institutionellen auch persönliche Interessen auf dem Spiel - von Individuen, die bei der geleiteten Integration von ethnischen Minderheiten betroffen sind. Für einige Individuen bedeutet die Betroffenheit doch soziale Steigung, auch bleibt die vornehmlich auf das Minderheitenwesen beschränkt. Einiges wird zur Weiterführung der Minorisierung in irgendeiner Form beitragen.

(2) *So wie bisher weitermachen.* Die Minderheitenpolitik zeitigt nicht ausschließlich Kontereffekte. Denken Sie zum Beispiel an die Vergabe des Wahlrechtes. Ein wichtiger - von vielen als günstig umschriebener - Effekt ist die, im Vergleich zu anderen Ländern, relative soziale Ruhe. Krawalle, Hetzjagden, umfangreiche Unruhen und was es sonst noch gibt, kommen in den Niederlanden weniger vor. Und wenn sie vorkommen, dann sind sie nicht so heftig wie anderswo.

Darüber hinaus hat sich über die Jahre hin - u.a. durch die Bemühungen des Staates - unter den ethnischen Minderheiten eine Elite von 'Sozialdiplomaten' gebildet. Diese Elite versteht sich leidlich mit der Regierung, jedenfalls solange sie nicht im geringsten die Konturen einer radikalen und für den Staat nicht erfaßbaren Bürgerrechtsbewegung zeigt.

Es scheint so, als ob die Minderheitenpolitik auf *containment* ('Beschwatzung') von ethnischen Minderheiten gerichtet ist. *Containment* ist nur möglich, wenn ethnische Minderheiten daran mitarbeiten. Es ist fraglich, ob sie dazu auch weiterhin bereit sind, sicher wenn auf lange Sicht die

Verteilung von sozialen Gütern und Diensten systematisch zu ihren Ungunsten ausfällt. Es ist vorläufig spekulativ, aber vielleicht tritt einmal eine neue Generation von politischen Aktivisten in den Vordergrund, die weniger nachgiebig ist.

(3) *Ethnische Mobilisierung verstärken.* Minorisierung ist eine Ideologie von Dominanz. Die herrschende Mehrheit ruft auf der Grundlage dieser Ideologie, wenn auch nicht mit der Unterstützung von Wortführern aus den Kreisen der ethnischen Minderheiten, provisorisch ein Netzwerk von besonderen Einrichtungen ins Leben, daß im Dienste des höheren Zieles der Integration steht; Integration in den Termini der Mehrheit selbstverständlich. Anstatt als Übergangserscheinungen können solche Institutionen jedoch ebensogut als logische Konsequenzen eines multikulturellen Zusammenlebens gesehen werden. Dies impliziert, daß nicht soziokulturelle Unkonformität, sondern soziokulturelle Diversifizierung das zentrale ideologische Thema sein müßte.

Eine mögliche Hürde könnten neue Kontereffekte sein, z.B. wenn die eigenen Institutionen ihr eigenes Ziel werden. Darüber hinaus geht eine solche Herangehensweise an der Dynamik von soziokulturellen Identitäten vorbei. Menschen haben nie eine Identität, sondern viele, abhängig von der jeweiligen Situation. Es ist kein imaginäres Risiko, daß eine Herangehensweise, die auf die Verstärkung von ethnischer Mobilisierung gerichtet ist, sich gerade als statisch zeigt und zu fixierten sozialen Verhältnissen führt.

(4) *Eine nicht-kategoriale Politik zur Aufhebung von Rückständen führen.* Anstatt die Politik auf als problematisch angesehene Merkmale von Neuankömmlingen zuzuspitzen, könnte man das gesamte Zusammenleben zum Objekt der Politik machen. Die zentrale Frage ist dann nicht mehr die Anpassung von Minderheiten, sondern die Verteilung von sozialen Gütern und Diensten. Alle Mechanismen, die eine gerechte soziale Verteilung behindern, werden aus dem Weg geräumt, während zugleich eine Bevorzugungspolitik geführt wird, um die historisch falsch gelaufene Situation wiedergutzumachen. Faktisch impliziert diese Herangehensweise den Ersatz von den Teilen der Minderheitenpolitik, die auf der Problematisierung von soziokultureller Unkonformität basieren, durch eine breitere Rückstandspolitik mit Zügen von *positive action*. Letzteres ist nicht unbedingt ausschließlich auf ethnische Minderheiten bezogen, sondern auf alle Menschen, die in irgendeiner Weise gesellschaftlich im Rückstand sind. Die Schwierigkeit bei einer solchen Herangehensweise ist, daß sie weitschweifend ist und viele strukturelle Veränderungen fordert, wogegen der Widerstand dementsprechend groß sein wird. Darüber hinaus gilt 'positive Aktion' als eine der stärksten Formen von sozialer Intervention. Dies vergrößert wiederum die Chancen auf mögliche Kontereffekte, z.B. in der Form von Klassifikation. Angesichts der Perspektive, nämlich daß der gesamte soziale Kontext in die Amtsführung einbezogen wird, anstatt bestimmte Kategorien davon zu isolieren, müssen wir diese mögliche Kontereffekte aber vielleicht in Kauf nehmen ■

Noten

1. Übersetzt aus dem Niederländischen von Deniz Arpacı.
2. de Volkskrant 20-9-1991.
3. Schon allein das Innenministerium - das koordinierende Ministerium - veranschlagt seit Anfang der 80er die Kosten für die Ausführung der Minderheitenpolitik mit siebenhundert bis achthundert Millionen Gulden jährlich. Dazu kommen dann noch die eigenen Ausgaben der Gemeinden und Provinzen, sowie der privaten Einrichtungen.
4. WRR 1989: 9.
5. WRR 1989: 17-18.
6. WRR 1989: 21.
7. Lutz 1992.
8. Buijs 1990.
9. Bovenkerk, Den Brok & Ruland 1991.
10. Merens & Veenman 1992.
11. Lutz 1991 b; 1992.
12. Van der Burght 1988.
13. Van der Berg 1994.
14. Carton & Massaro 1990; Goudt 1989; De Hoop & Roseboom 1990.
15. Vor allem denjenigen, die sich ab und zu im Ausland aufhalten, muß auffallen, daß dort andere Selbstverständlichkeiten gelten. So spricht man in Deutschland von 'Ausländern', in Belgien von 'migranten', in Frankreich von 'immigrés' und in Großbritannien von 'blacks'. Siehe hierüber auch Bovenkerk, Miles en Verbunt 1990.
16. Rath 1991: 84-90.
17. Anderson 1983.
18. Miles 1989.
19. Rath 1991: 106 e.V..
20. de Volkskrant 12-09-1991.
21. Elsevier 30-11-1991.
22. Siehe z.B. Rath 1991: 102-122; Rath 1993.
23. Für eine ausführliche Analyse: Dercksen & Verplanke 1987; Rath 1991: 132-144; De Regt 1984.
24. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg gab es Eugenetiker, die das Phänomen der 'Asozialen' zu einer Frage der Veranlagung und Vererbung erklärten, es also auf 'rassische' Merkmale zurückführten. Dercksen und Verplanke (1987: 53-67) zufolge schlugen ihre Ideen allerdings nicht richtig an.
25. Siehe unter anderem De Graan 1964; Simons 1962; Rath 1991: 149 u.w..
26. Groenendijk 1990: 82.
27. ACOM 1979: 9-11.
28. WRR 1979: viii.
29. WRR 1979: xii.
30. WRR 1979: x; meine Kursivierung - JR.
31. ACOM 1979: 9.
32. Inter magazine, November 1991.
33. de Volkskrant 2-9-1992.
34. Rath & Saggar 1992.
35. Vuijsje 1986.
36. Gemeente Rotterdam 1981: 29.
37. Es geht hier um die Teilgemeinderatswahlen von 1984 und die Gemeinderatswahlen von 1986 und 1990.
38. Sitzungsberichte der Ersten Kammer, 22. April 1980, p. 549-553.
39. Sitzungsberichte der Zweiten Kammer, 1984-1985, 18619, nrs. 1-21.
40. Auf lokaler Ebene steht manchmal wohl eine begrenzte Subvention zur Verfügung. Das kann zu merkwürdigen Situationen führen, wie schon bei den Rotterdamer Teilgemeinderatswahlen von 1984. Daran nahmen drei sogenannte 'Minderheitenparteien' teil, in allen Fällen auf Betreiben von niederländischen Interessenwahrnehmern hin, die nachdrücklich auf die Aussicht, staatliche Subventionen für Aufklärungskampagnen zu bekommen, hingewiesen hatten.

Literatuurverzeichnis

- ACOM (Adviescommissie Onderzoek Culturele Minderheden)
1979 *Advies Onderzoek Minderheden*. Den Haag: Staatsuitgeverij.
- Andersen, B.
1983 *Imagined communities. Reflections on the origin and spread of nationalism*. London: Verso.
- van den Berg, N.
1994 'De kunst van het weglaten. De positie van allochtone beeldende kunstenaars', *De Gids*, 157/1, Januar, pp. 69-78.
- Bovenkerk, F., B. den Brok & L. Ruland
1991 'Meer, minder of gelijk? Over de arbeidskansen van hoog opgeleide leden van etnische groepen', *Sociologische Gids*, 38/3, Mai/Juni, pp. 174-186.
- Bovenkerk, F., R. Miles & G. Verbunt
1990 'Racism, migration and the state in Western Europe. A case for comparative analysis', *International Sociology*, 5/4, Desember, pp. 475-490.
- Buijs, F.
1990 *Aan de rand van de arbeidsmarkt. Turkse jongemannen en Nederlandse werkgevers. Een voorstudie ten behoeve van het project Buitenlandse jongeren en arbeid*. Leiden: Rijksuniversiteit Leiden, Centrum voor Onderzoek van Maatschappelijke Tegenstellingen (COMT).
- van der Burght, F.
1988 *Aangeboden: allochtone journalisten (v/m). Een onderzoek naar de toegankelijkheid van de opleidingen voor de journalistiek*. Den Haag: Ministerie van Sociale Zaken en Werkgelegenheid.
- Carton, D. & G. Massaro
1990 *Leerjaren. Ervaringen van de eerste buitenlandse gemeenteraadsleden in Nederland*. Utrecht: Nederlands Centrum Buitenlanders (NCB).
- Dercksen, A. & L. Verplanke
1987 *Geschiedenis van de onmaatschappelijkheidsbestrijding in Nederland, 1914-1970*. Meppel: Boom.
- Gemeente Rotterdam
1981 *Educatieve ideeën. Rotterdam op weg naar een multiculturele samenleving. Discussie nota*. Rotterdam: Gemeente Rotterdam.
- Goudt, M.
1989 *In de gemeenteraad! Gesprekken met de eerste zwarte en migrantenraadvrouwen in Nederland*. Leiden: Stichting Burgerschapskunde/ Nederlands Centrum voor Politieke Vorming.
- de Graan, N.F.A.
1964 'De buitenlandse werknemer en zijn aanpassing aan de Nederlandse samenleving', *Maatschappij-Belangen*, 128/7, pp. 350-357.
- Groenendijk, C.A.
1990 'Verboden voor Tukkers. Reacties op de rellen tussen Italianen, Spanjaarden en Twentenaren in 1961', pp. 55-96 in F. Bovenkerk, F. Buijs & H. Tromp (Hrsg.), *Wetenschap en partijdigheid. Opstellen voor André J.F. Köbben*. Assen/Maastricht: Van Gorcum.
- den Hoop, T. & H. Roseboom
1990 *Over aanpassen en aftroeven. Migranten in de gemeentepolitiek*. Den Haag: Regionaal Centrum Buitenlanders (RCB).
- Lutz, H.
1991 *Welten verbinden. Türkische Sozialarbeiterinnen in den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt/Main: Verlag für Interkulturelle Kommunikation.

- Lutz, H.
1992 'Integreert arbeid? Migranten, arbeidsmarkt en beleid in Nederland', *Migrantenstudies*, 8/2, pp. 3-13.
- Merens, J.G.F. & J. Veenman
1992 *Succes en falen bij allochtonen*. OSA-voorstudie V40. Den Haag: Organisatie voor Strategisch Arbeidsmarktonderzoek (OSA).
- Miles, R.
1989 *Racism*. London: Routledge.
- Minderheden
1983 *Minderheden, meer toekomst. Een onderzoek verricht voor de Commissie Kiesrecht Niet-Nederlandse Ingezetenen*. Den Haag/Amsterdam: Vereniging van Nederlandse Gemeenten, Afdeling Sociaal-Geografisch en Bestuurskundig Onderzoek/ Veldkamp marktonderzoek.
- Minderhedennota
1983 *Minderhedennota*. Tweede Kamer, 1982-1983, 16102, nrs. 20-21.
- Rath, J.
1990a 'Deelname migranten aan gemeenteraadsverkiezingen. De stemming slaat om', *Namens*, 5/11-12, p. 46-51.
- Rath, J.
1990b 'Voting rights', pp. 127-157 in Z. Layton-Henry (Hrsg.), *The political rights of migrant workers in Western Europe*. SAGE Modern Politics Series Volume 25. London: SAGE.
- Rath, J.
1991 *Minorisering: de sociale constructie van 'etnische minderheden'*. Amsterdam: Sua.
- Rath, J.
1993 'The ideological representation of migrant workers in Europe. A matter of racialisation?', pp. 215-232 in J. Wrench & J. Solomos (Hrsg.), *Racism and migration in Western Europe*. London: Berg Publishers.
- Rath, J. & S. Saggat
1992 'Ethnicity as a political tool in Britain and the Netherlands', pp. 201-224 in A.M. Messina, L.R. Fraga, L.A. Rhodebeck & F.D. Wright (Hrsg.), *Ethnic and racial minorities in advanced industrial democracies*. Contributions in Ethnic Studies, Number 29. New York: Greenwood Press.
- de Regt, A.
1984 *Arbeidersgezinnen en beschavingsarbeid. Ontwikkelingen in Nederland 1870-1940. Een historisch-sociologische studie*. Meppel: Boom.
- Simons, M.S.M.
1962 'Italiaanse arbeiders in de Limburgse mijnstreek en in Twente. Aanpassingsproblemen en sociale begeleiding', *Mens en Maatschappij*, 37, pp. 233-246.
- Smit, F.
1988 *Ouderparticipatie in het basisonderwijs. Een onderzoek naar vorm, mate en effecten van ouderparticipatie in het basisonderwijs*. Den Haag: Instituut voor Onderzoek van het Onderwijs.
- Vuijsje, H.
1986 *Vermoorde onschuld. Etnisch verschil als Hollands taboe*. Amsterdam: Bert Bakker.
- Weil, P.
1991 *La France et ses étrangers. L. Aventure d'une politique de l'immigration 1938-1991*. S.l.: Calmann-Lévy.
- WRR (Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid)
1979 *Etnische minderheden*. Rapporten aan de Regering 17. Den Haag: Staatsuitgeverij.
- WRR (Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid)
1989 *Allochtonenbeleid*. Rapporten aan de Regering 36. Den Haag: SDU.